



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

3. Mai 2011

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz** (zu TOP 02), Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: Heike **Jacobs**, Gerold **Rossel**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 26. April 2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 29. April 2011 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 5. April 2011

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 5. April 2011 zu.

Abstimmung: 12 Ja

02. Adolf-Schmitthenner-Gymnasium Neckarbischofsheim

hier: Einführung von Italienisch als dritte Fremdsprache – Zustimmung des Schulträgers

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass er es als Schulträger sehr bedauert, dass das Fach Französisch als dritte Fremdsprache wegfällt. Hierzu verweist er auf die in diesem Jahr 40 Jahre bestehende Partnerschaft mit der französischen Stadt La Chapelle-Saint-Luc. Erst im April diesen Jahres war eine Schulklasse aus der Partnerstadt am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium zu Besuch, wobei der Gegenbesuch der deutschen Schülerinnen und Schüler ebenfalls noch stattfinden wird. Leider haben sich in der Vergangenheit in der Schule Änderungen ergeben, so dass die erforderlichen Schülerzahlen nicht mehr zustande gekommen sind. Die Sprache „Italienisch“ ist wohl für die Schüler interessanter.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass das Fach „Französisch“ nicht komplett wegfällt, sondern die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 und 6 die Wahl zwischen Französisch und Latein als zweite Fremdsprache (nach Englisch) haben. Somit kann jeder Schüler am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium weiterhin Französisch lernen. Allerdings hätte es die Mehrheit der Schüler und auch Eltern lieber gesehen, wenn das Fach „Spanisch“ eingeführt worden wäre. Hier hat sich der Schulleiter aber politisch durchgesetzt, nachdem es bereits zwei Lehrerinnen am ASG gibt, die Italienisch unterrichten.

Stadtrat Thomas Mayer weist darauf hin, dass Italienisch bereits als AG im ASG angeboten wurde und möchte deshalb wissen, wie viele Schüler bereits das Fach „Italienisch“ nutzen. Dies kann ihm von Bürgermeister Vogt nicht beantwortet werden. Des Weiteren bittet Stadtrat Mayer um Auskunft ob bereits Überlegungen im Gange sind, einen Austausch mit einer Schule in Italien durchzuführen. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist der Ansicht, dass das Fach „Französisch“ auch in der 8. Klasse angeboten werden sollte, damit die deutsch-französischen Partnerschaft gepflegt werden kann. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass sich die bisherigen Partnerschaftstreffen zumeist in den Klassenstufen 5 und 6 abgespielt haben.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einführung von Italienisch als dritte Fremdsprache am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium Neckarbischofsheim ab dem neuen Schuljahr 2011/2012 zu.

Abstimmung: 11 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

03. Haushalt 2011

a) Bericht über die Arbeit der Haushaltsstrukturkommission

Bürgermeister verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass der Haushalt 2011 vom Gemeinderat bereits am 1. März 2011 mit der Ausweisung eines Fehlbetrags beschlossen wurde, die Stadt Neckarbischofsheim aber die notwendige Genehmigung vom Kommunalrechtsamt des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis nicht erhalten hat. Die von der Kommunalaufsicht geforderte Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission wurde vom Gemeinderat in der Sitzung am 3. April 2011 beschlossen. Das erste Treffen der Kommission fand am 12. April 2011 statt, in welchem zahlreiche Punkte für die Genehmigung des Haushalts 2011 besprochen wurden.

Der wichtigste Punkt der Beratungen betraf die Änderungen in der Personalstruktur. So sollen im nächsten Jahr zum Ende der Arbeitsphase der Altersteilzeit die Stellen des Hausmeisters im Rathaus (Johann Vsetetzka – 01.08.2012) und der Bürgermeistersekretärin (Ingrid Kiermeier – 01.12.2012) nicht mehr neu besetzt, sondern intern umbesetzt werden, so dass hier keine zusätzlichen Personalkosten anfallen. Der Einspareffekt dieser Maßnahme beginnt nach Abschluss der passiven Phase der Altersteilzeit (01.08.2015 Vsetetzka; 01.12.2015 Kiermeier), so dass sich die geplanten Einsparungen nicht auf den diesjährigen Haushalt auswirken.

Die vorgesehenen Einsparungen machen allerdings eine Umorganisation in der Verwaltung notwendig. So wird die Stelle des Hausmeisters im Rathaus durch einen Mitarbeiter aus dem städtischen Bauhof ersetzt, wobei hier wiederum Auswirkungen auf die dortigen Arbeitsleistung entstehen werden. Für die Umorganisation in der Verwaltung sind noch einzelne Punkte abzuklären, wobei es in der heutigen Situation nur schwer realisierbar sein wird, einen kompletten Arbeitsplatz nicht mehr neu zu besetzen.

Ein weiterer Punkt der Beratungen war die Kürzung einzelner Haushaltsansätze. Außerdem wurde das Budget des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums um 15.000,00 € (17,94%) auf nur noch 70.000,00 € verringert.

Die Verwaltung erhielt des Weiteren den Auftrag von der Haushaltsstrukturkommission, ein Konzept für die Nutzung der städtischen Einrichtungen zu erarbeiten, wie künftig auf gerechte Art und Weise die Vereine zu einer Nutzungsgebühr herangezogen werden können. Eine weitere Prüfung findet im Bereich der Straßenbeleuchtung statt. Hier ist eventuell vorgesehen, die Straßenlampen zwischen 1 Uhr und 4 Uhr Nachts abzuschalten, um Einsparungen zu erzielen.

Ein Konzept soll auch für das Schulzentrum erarbeitet werden, da sinkende Schülerzahlen auch bedeuten, dass frei werdende Räumlichkeiten nicht mehr zur Nutzung zur Verfügung stehen sollen. Ein Beispiel wäre deshalb, die Grundschule komplett zu schließen, um die Kosten für die Reinigung und Heizung (minimales Heizen erforderlich) zu minimieren.

Einsparungen sollen auch im Bereich der Durchführung des Neckarbischofsheimer Sommers, des Altstadtfestes und der Bischesser Kerwe vorgenommen werden. Auch hier wurde die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten.

All diese aufgeführten Maßnahmen haben jedoch nicht ausgereicht, das bisherige Defizit in Höhe von 292.000,00 € zu beseitigen. Deshalb musste sich die Haushaltsstrukturkommission auch über die Erhöhung der Realsteuern unterhalten. So soll die Gewerbesteuer von derzeit 340 v.H. um 20 Punkte auf 360 v.H., die Grundsteuer A von bisher 430 v.H. um 55 Punkte auf 485 v.H. und die Grundsteuer B von derzeit 435 v.H. um 50 Punkte auf 485 v.H. erhöht werden. Durch diese Mehreinnahmen gelingt es der Stadt Neckarbischofsheim, das derzeitige Defizit im Verwaltungshaushalt auf 99.100,00 € zu reduzieren.

Im Verwaltungshaushalt hat sich die Haushaltskommission dafür ausgesprochen, den 3. Bauabschnitt in der Oberen Turmstraße auf das Jahr 2012 zu verschieben. Sollten auch im nächsten Jahr keine Mittel für die Maßnahme zur Verfügung stehen, wird der Bauabschnitt noch weiter nach hinten verschoben (2013). Für das Landessanierungsprogramm „Von-Hindenburg-Straße“ wurden die gesamten Ansätze (50.000,00 € Ausgaben; 30.000,00 € Einnahmen) komplett gestrichen. Die Platzgestaltung an der Wimpfener Straße im Stadtteil Helmhof wurde in zwei Bauabschnitte gegliedert. Eine Maßnahme soll jedoch bis zum 300-jährigen Jubiläum des Stadtteils (Anfang September 2011) durchgeführt werden.

Diese und der Zuschuss der Stadt Neckarbischofsheim an die Evangelische Kirchengemeinde zur Sanierung der Totenkirche sind die einzigen Investitionsmaßnahmen im diesjährigen Haushalt, wofür noch 42.600,00 € an Krediten aufzunehmen sind.

Der vorliegende Haushalt ist allerdings auf die Zuschüsse aus dem Ausgleichstock angewiesen. Neben den eingeplanten Zuwendungen für die Sanierung der Totenkirche (40.000,00 €) und der Platzgestaltung im Stadtteil Helmhof (49.000,00 €) ist die Stadt Neckarbischofsheim auf die Nachförderung in Höhe von 300.000,00 € für bereits abgeschlossene Maßnahmen am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium durch den Ausgleichstock angewiesen.

Bürgermeister Vogt bedankt sich nach seinen Ausführungen zu den wichtigsten Punkten, bei den Mitgliedern der Haushaltsstrukturkommission für die konstruktive und sachliche Diskussion. Die Änderungen wurden bereits in den neuen Haushaltsplan 2011 eingearbeitet, der den Mitgliedern des Gemeinderats nunmehr vorliegt.

Bürgermeister Vogt ist der Meinung, dass alle Bereiche die nunmehr in Angriff genommen wurden (Personalstruktur und Kürzung von Ausgabeansätzen) ein Versuch für eine ausgewogene Gestaltung des Haushalts 2011 sind. Ohne Erhöhung der Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer) war es aber nicht möglich, den Haushalt auszugleichen. Die Erhöhung der Grundsteuer B machen bei einem Zweifamilienhaus beispielsweise mit 60,00 €/Jahr bemerkbar, ein Eigentümer eines Einfamilienhauses zahlt 45,00 €/Jahr mehr an Grundsteuer. Im Bereich der Landwirtschaft beträgt die Erhöhung, je nachdem das Grundvermögen ist, zwischen 80,00 € und 100,00 €.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die ergriffenen Maßnahmen einen harten Einschnitt für die Bürgerinnen und Bürger, sowie auch die Gewerbetreibenden darstellen, diese aber dem Umstand geschuldet sind, dass die Stadt Neckarbischofsheim mit einem genehmigungsfähigen Haushalt handlungsfähig bleibt. Natürlich birgt der vorliegende Haushalt erhebliche Risiken im Bereich der Steuern und der Zuschüsse durch den Ausgleichstock. Bürgermeister Vogt hofft nun, dass das vorliegende Zahlenwerk durch das Kommunalrechtsamt genehmigt wird.

Stadtrat Peter Haffelder tut sich schwer, der Erhöhung der Grundsteuer A und B zuzustimmen, da die Hebesätze bereits im letzten Jahr angehoben wurden. Leidtragende sind hier die Personen, die etwas besitzen und die um Lohn und Brot kämpfen müssen und nun „raisiert“ werden. Er regt an, wenn sich die finanzielle Situation der Stadt Neckarbischofsheim zum Besseren wendet, dass der Gemeinderat dann reagiert und die Hebesätze wieder reduziert. Weiter reicht es Stadtrat Haffelder nicht aus, wie die Kosten für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium reduziert wurden. Er bittet um Auskunft über den Sachstand, wie weit die Gespräche bezüglich einer Beteiligung des Kreises oder des Landes gediegen sind. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass eine erste Zusammenkunft mit dem Landratsamt am Montag, 6. Juni 2011 erfolgt. Diese Zusammenkunft läuft allerdings parallel zu den Streichungen im Budget der Schule. Im Budget sind die Mittel eingeplant, über die die Schulleitung frei verfügen kann.

Stadtrat Haffelder ist der Meinung, dass wenn die Stadt Neckarbischofsheim nicht die Probleme mit dem Adolf-Schmitthenner-Gymnasium hätte, keine Steuererhöhungen vorzunehmen wären. Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass auch die Steuerausfälle zu den finanziellen Problemen der Stadt beigetragen haben.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass er als Mitglied der Haushaltsstrukturkommission die vorgestellten Maßnahmen mitgetragen hat, um im Jahre 2011 handlungsfähig zu bleiben. Dies bedeutet, dass zum einen der Bürger mehr belastet werden muss, zum zweiten aber Leistungen in erheblichem Umfang zurückgefahren werden müssen. Die Alternative zu den kurzfristig vorgesehenen Maßnahmen 2011 wäre gewesen, dass bei jeder Ausgabe das Kommunalrechtsamt um Erlaubnis gefragt werden müsste, so dass die Verwaltung nicht mehr richtig arbeiten und keine selbständigen Entscheidungen treffen kann. In der Einführung von Bürgermeister Vogt zu diesem TOP wurde gut erläutert, dass auch mittel- und langfristige Maßnahmen zur Konsolidierung der städtischen Finanzen notwendig sind. Die kurzfristigen Maßnahmen wurden so beschlossen, dass diese später dem Bürger wieder zugute kommen können. Der Gemeinderat hat in diesem Jahr keine Chance, den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zuzustimmen.

Stadtrat Norbert Benz stimmt den Ausführungen von Stadtrat Haffelder zu und führt weiter aus, dass der Gemeinderat künftig stärker darauf achten muss, ob die Hebesätze für die Realsteuern reduziert werden können.

Auch gegenüber den Gewerbebetrieben ist dies ein Zeichen, dass die Stadt Neckarbischofsheim nicht nur Steuern erhöht, sondern auch gewillt ist, diese, wenn möglich, wieder zu senken.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass keinem Mitglied des Gemeinderats die Entscheidung leicht fallen wird, die Steuern zu erhöhen. Im Übrigen hat der Gemeinderat jedes Jahr im Rahmen des Beschlusses der Haushaltssatzung die Möglichkeit, die Hebesätze neu festzulegen. Die neu zu beschließenden Hebesätze dienen auch dazu, dass sich die Eigentümer an der Infrastruktur der Stadt Neckarbischofsheim finanziell beteiligen, da zahlreiche öffentliche Einrichtungen zu unterhalten sind, die mit diesen Steuereinnahmen mitfinanziert werden. Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass wenn künftige Bauherren den Hebesatz für die Grundsteuer sieht eher keinen Bauplatz in Neckarbischofsheim kaufen. Außerdem wird Neckarbischofsheim mit dem vorgeschlagenen Hebesatz zum Spitzenreiter im Rhein-Neckar-Kreis aufsteigen weshalb er sich überlegt, ob er dieser Erhöhung zustimmen kann.

Stadtrat Georg Zwölfer ist der Ansicht, dass die Stadt Neckarbischofsheim durch die Erhöhung der Hebesätze ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den umliegenden Gemeinden beim Bauplatzverkauf verliert.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass der Gemeinderat und die Verwaltung viele Entscheidungen zu treffen haben, die nicht immer nur positiv sind. Er sieht jedoch nicht die große Gefahr, dass durch die Erhöhung der Grundsteuer weitere Bauplätze nicht mehr verkauft werden können, da viele andere Aspekte beim Bauplatzkauf mit in die Überlegungen einfließen.

Zur Zeit ist das Angebot für die Kinderbetreuung bei den Bauplatzinteressenten wesentlich wichtiger als der Grundsteuer-Hebesatz. Die Stadt Neckarbischofsheim liegt nun zweifelsohne mit seinen Hebesätzen an der Spitze im Rhein-Neckar-Kreis, allerdings waren die Hebesätze in den zurückliegenden Jahren in Neckarbischofsheim im Vergleich zu den Kommunen schon immer wegen der zu unterhaltenden Infrastruktur hier im Ort hoch.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, was mit dem städtischen Haushalt passiert, wenn die Nachförderung in Höhe von 300.000,00 € durch den Ausgleichstock nicht erfolgt.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er zu diesem Thema noch nichts sagen kann. Der Planansatz wurde mit den zuständigen Stellen im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis und im Regierungspräsidium Karlsruhe abgestimmt. Welche Entscheidung die Mitglieder des Ausschusses beim Ausgleichstock treffen werden ist ungewiss. Im Gespräch mit der Vize-Regierungspräsidentin wurde mitgeteilt, dass die finanzielle Situation der Stadt Neckarbischofsheim bekannt ist und das Regierungspräsidium helfen werde, wo man helfen kann. Im Übrigen sind die Risiken der Haushaltsplanung jedes Jahr die gleichen, denn wenn der Ansatz der Steuereinnahmen nicht so kommt, ist ein Haushaltsausgleich nicht möglich.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, wie hoch die Ausgaben für das diesjährige Altstadtfest sind. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Ansätze durch die Haushaltsstrukturkommission reduziert wurden und er bereits für Sponsorengelder angefragt hat. Dies sind aber nicht mehr so üppig wie früher. Dennoch hat er zirka 3.500,00 € an Spendenzusagen erhalten. Nachdem die Verträge mit den Musikgruppen für das Altstadtfest bereits im letzten Jahr abgeschlossen werden mussten, um gute Gruppen für das Fest zu erhalten, müssen diese Verträge erfüllt werden. Ansonsten wäre das Altstadtfest komplett gestrichen worden. Nunmehr muss die Stadt Neckarbischofsheim mit den örtlichen Vereinen sehen, wie man mit minimalen Mitteln das Fest über die Runden bringt. Seiner Meinung nach, wird es dennoch ein interessantes Altstadtfest werden.

b) Beschluss über die Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern im Jahr 2011

Bürgermeister Vogt bittet den Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim, der Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern im Jahr 2011 zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern für das Jahr 2011 wie folgt zu: Grundsteuer A um 55 v.H. auf 485 v.H.; Grundsteuer B um 50 v.H. auf 485 v.H.; Gewerbesteuer um 20 v.H. auf 360 v.H.

Abstimmung: 8 Ja 5 Nein

c) Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011

Bürgermeister Vogt bittet den Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim, der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 zuzustimmen.

Beschluss:

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582, ber. 698) in der heute geltenden Fassung hat der Gemeinderat am 3. Mai 2011 folgende

HAUSHALTSSATZUNG für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. Einnahmen und Ausgaben von je		7.389.600,00 €
davon im Verwaltungshaushalt	6.942.000,00 €	
im Vermögenshaushalt	447.600,00 €	
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme (Kreditermächtigung) i. H. v.		42.600,00 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von		0,00 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.

2.500.000,00 €

§ 3

Die Steuersätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf **485 v.H.**
 - b) für die Grundsteuer (Grundsteuer B) auf die Steuermessbeträge **485 v.H.**
2. für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf **360 v.H.**

§ 4

Der Stellenplan ist Bestandteil dieser Satzung.

Neckarbischofsheim, den 3. Mai 2011

Hans-Joachim Vogt

Bürgermeister

Abstimmung: 10 Ja 2 Nein 1 Enthaltung

04. Übertragung des Personalwesens

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Entscheidung der Gemeinde Helmstadt-Bargen, die Personalsachbearbeitung nicht an den Gemeindeverwaltungsverband (GVV) Waibstadt, sondern an die Stadt Sinsheim zu vergeben, heftige Wellen geschlagen hat. Dies war insbesondere in der Rhein-Neckar-Zeitung zu lesen, wobei heftige Kommentare aus Waibstadt gekommen sind. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass hier eine Entscheidung eines autarken Gremiums getroffen wurde, die zu respektieren ist. Die Zusammenarbeit der sechs GVV-Gemeinden wurde mit dem Beschluss allerdings für obsolet erklärt. Auch die Gemeinde Reichartshausen will sich nun mit der Bearbeitung des Personalwesens nach Sinsheim orientieren.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim hat bereits den Beschluss gefasst, wenn eine gemeinsame Sachbearbeitung im GVV Waibstadt nicht zustande kommt, dass man an einen anderen Dienstleister herantreten wird, der diese Aufgabe erledigt. Nachdem das derzeitige Abrechnungsverfahren zum 31.12.2012 eingestellt wird ist noch etwas Zeit, weshalb in der heutigen Sitzung kein Beschluss zu fassen ist, was mit dem Personalwesen der Stadt Neckarbischofsheim geschieht.

Die Erfassung der Personaldaten in einem neuen Abrechnungsprogramm wird einen Zeitraum von einem halben Jahr umfassen, so dass bis Mitte nächsten Jahres die Entscheidung durch den Gemeinderat zu treffen ist, wie weiter verfahren wird: entweder die Umstellung selbst durchführen oder einen Dritten mit der Sachbearbeitung beauftragen.

Bürgermeister Vogt schlägt vor, zusammen mit der Stadt Waibstadt bis zum Ende des Jahres die Zeit zu nutzen, um ein einfacheres Programm zur Personalabrechnung zu finden. Dann sollte die Entscheidung getroffen werden, ob die Abrechnung weiterhin über das Rechenzentrum oder einen anderen Softwareanbieter erfolgt.

Der Verwaltung liegt zudem das schriftliche Angebot der Stadt Sinsheim vor, das am 21. April 2011 im Rathaus eingetroffen ist. Hier sind noch einzige Fragen zu klären, insbesondere zu den verschiedenen Angebotspreisen. Zur Zeit hat die Personalabteilung der Stadt Sinsheim noch Kapazitäten zur Abrechnung von 160 Personalfällen frei. Eine Fallabrechnung würde monatlich 11,90 € betragen. Über die 160 Personalfälle hinaus wird ein Betrag in Höhe von 15,27 €/monatlich/Fall berechnet.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass für den Preis von 15,27 € jeder Anbieter (KVBW oder Odenwaldtreuhand) die Personalabrechnung übernimmt. Mit der Odenwaldtreuhand ist auch ein privater Anbieter vorhanden, der Personalabrechnungen im öffentlichen Bereich durchführt. In der derzeitigen finanziellen Situation müsste die Stadt Neckarbischofsheim die Personalsachbearbeitung weiterhin selbst vornehmen, da keine zusätzliche Mittel bereitzustellen sind. Seiner Ansicht nach sollte aber die Chance genutzt werden, bis Ende des Jahres sich neu im Personalwesen zu orientieren, weshalb die Verwaltung dem Gemeinderat bis zu diesem Zeitpunkt einen neuen Vorschlag unterbreiten wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass mit der Entscheidung gegen das Personalwesen im GVV Waibstadt eine große Chance vertan wurde, den GVV an sich und die Arbeit auf neue feste Füße zu stellen. Nachdem der Bereich „Altenheime“ weggefallen ist können die derzeitigen Aufgabengebiete wie Flächennutzungsplan, Haushaltsplan, Hochwasserschutz selbst durch die Verbandsgemeinden erledigt werden. Zudem wurde die Chance vertan, die Brunnenregion mit ihren knapp 20.000 Einwohnern mehr zusammen zu halten und die Selbständigkeit und Kostensynergien zu bewahren. Die Entscheidung gegen das gemeinsame Personalwesen hat auch auf die Verbandsstrukturen Auswirkung, weshalb innerhalb des GVV Waibstadt etwas getan werden muss, da so wie bisher nicht weiter gearbeitet werden kann.

Bürgermeister Vogt erwidert, dass innerhalb des GVV Waibstadt das gemeinsame Grundbuchamt errichtet und die Werkrealschulen auf den Weg gebracht wurden. Ohne die gemeinsamen Kontakte zu nutzen wäre diese Aufgabenerledigung nicht möglich gewesen.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, dass die Stadt Neckarbischofsheim aus dem GVV Waibstadt austreten sollte. Er fragt sich, warum die Bürgermeister hier nicht richtig zusammengearbeitet haben, wenn sie doch schon jeden Monat zusammensitzen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass durch den Gemeinderat Helmstadt-Bargen eine eindeutige Entscheidung eines Gremiums (mit einer Gegenstimme) getroffen wurde. Die Gemeinde Helmstadt-Bargen hat ihre Gründe gehabt, so zu entscheiden, wobei er es schade findet, dass dieser Beschluss gefasst wurde. Er hätte sich gerne vorgestellt, dass man sich bei Zweifeln nochmals zusammensetzt, um über die Angelegenheit zu sprechen. Der in der GVV-Versammlung am 19. Mai 2011 vorgesehene Beschluss für ein gemeinsames Personalamt ist somit nicht möglich, weshalb nun ausgelotet werden muss, welche Möglichkeiten es noch gibt, um in diesem Bereich zusammenzuarbeiten.

Stadtrat Thomas Mayer ist der Meinung, dass die Angelegenheit zu hoch gehängt wird und nun alles Makulatur ist. Er fragt sich, was dagegen spricht, dass die anderen vier Gemeinden an der gemeinsamen Bearbeitung des Personalwesens festhalten und wünscht sich, dass die Stadt Neckarbischofsheim an diesem Thema dranbleibt.

Bürgermeister Vogt erklärt, dass es nichts bringt, wenn in allen GVV-Gemeinden nur kleine Teilabschnitte herausgetrennt werden, bei denen nur wenige Gemeinden die Aufgabe dann auch gemeinsam erledigen, bspw. drei von sechs Gemeinden. Hier bremst man sich eher aus, als dass eine Zusammenarbeit in anderen Aufgabengebieten möglich ist. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Waibstadt im Bereich des Personalwesens macht allerdings Sinn. Sollte dies dennoch nicht möglich sein, geht die Welt für Neckarbischofsheim auch nicht unter.

Stadträtin Karin Bender führt aus, dass sie das Angebot der Stadt Sinsheim noch nicht ganz verstanden hat. Nachdem Helmstadt-Bargen und Reichartshausen die Sachbearbeitung im Personalwesen an die Stadt Sinsheim übertragen hat bestünde nach ihrer Ansicht die Möglichkeit für die Stadt Neckarbischofsheim, dass man für 11,90 € die Personalfälle bearbeitet bekommt. Die über die 160 freien Personalfälle hinaus gehenden Fälle würden dann mit 15,27 € abgerechnet. Aus diesem Grund sollte man, um das Windhundprinzip zu umgehen, innerhalb des GVV Waibstadt versuchen, mit der Stadt Sinsheim eine Mischkalkulation für die Personalfälle zu vereinbaren.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass er keine Kalkulationsgrundlage von der Stadt Sinsheim erhalten hat, wie diese auf die Kosten pro Fallbearbeitung kommen. Die Stadt Mosbach hat bspw. der Gemeinde Aglasterhausen ein Angebot unterbreitet, wie sich die Kosten pro Personalfall zusammensetzen. Nur mit einer sauberen Kalkulationsgrundlage ist es möglich spätere Kostensteigerungen nachzuvollziehen. Im Übrigen war das erste Angebot der Stadt Sinsheim nicht genügend spezifiziert und beinhaltete die Konditionen wie das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis angeboten hatte, nämlich ohne das Tarifrecht. Das Landratsamt berechnet die Bezügeabrechnung mit 12,00 € und das Tarifrecht mit 15,00 €, zusammen somit 27,00 €/Fall/monatlich. Das Tarifrecht wird gegenüber der Bezügeabrechnung vom Landratsamt relativ hoch angesetzt. Wo diese unterschiedlichen Gesichtspunkte herrühren ist der Verwaltung nicht bekannt. Zum Vergleichen müsste nun die Stadt Sinsheim mitteilen, welche Leistungen sie in diesem Bereich anbietet. Nach Ansicht von Bürgermeister Vogt bestehen noch sehr viele Fragezeichen hinter dem Angebot der Stadt Sinsheim, die mit den vorliegenden Daten nicht aus dem Weg geräumt werden können.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, weshalb es nicht möglich war, das Personalwesen unter dem Dach der Stadt Sinsheim zusammenzufassen. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass einige Kollegen ihr Personalwesen nicht nach Sinsheim abgeben wollten.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass solange es kleine Verwaltungen gibt, die ihre kommunale Selbstverwaltung nicht aufgeben möchten, das Land Baden-Württemberg keine Chance auf eine Reform hat. Zum Bericht über die Vergabe des Personalwesens von Helmstadt-Bargen nach Sinsheim darf nicht vergessen werden, dass sich auch der Verbandsvorsitzende des GVV Waibstadt mit seiner Gemeinde mit einer offen gelassenen Option für die Stadt Sinsheim entschieden hat. Nachdem der Verbandsvorsitzende das Freibad in Reichartshausen mit dem Adolf-Schmittthener-Gymnasium bei der Finanzierung verglichen hat stellt sich ihm die Frage, ob dies noch der richtige Vorsitzende für den GVV Waibstadt ist. Entweder der GVV ist noch eine Gemeinschaft, oder man lässt die Verbandsarbeit bleiben. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Waibstadt kann sich Stadtrat Knapp vorstellen, da die Mitarbeiter vorhanden sind, um das Personalwesen zu bearbeiten. Sollte die Personalsachbearbeitung an einen externen Anbieter gegeben werden, sind hierfür zusätzliche Kosten aufzuwenden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich die Verwaltung um ein Softwareprogramm umschauen wird, um das Personalwesen weiterhin selbst erledigen zu können. Im Übrigen ist es schon lange das Kalkül des Rechenzentrums, den Betreuungsaufwand gerade für die kleinen Kommunen erheblich zu reduzieren, um Kosten einzusparen. Nachdem die Gemeinde Helmstadt-Bargen aus dem gemeinsamen Personalwesen ausgeschert ist war es im Kreis der Bürgermeisterkollegen klar, dass sich die restlichen fünf Gemeinden nicht zusammenschließen werden. Zum Verbandsvorsitzenden stellt er fest, dass dieser mit seiner Gemeinde in der Entscheidung frei war. Obwohl die Gemeinde Reichartshausen zur Aufgabenerledigung beim GVV tendiert hat war er der erste, der die Entscheidung für die Stadt Sinsheim getroffen hat, wobei er seinen Amtskollegen mit diesen Ausführungen nicht verteidigen möchte.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet darum in der nächsten Sitzung darüber zu entscheiden, ob die Stadt Neckarbischofsheim weiterhin bereit ist, im GVV Waibstadt mitzuarbeiten. So, wie die Zusammenarbeit derzeit läuft bringt dies nichts. Seiner Meinung nach arbeiten alle sechs Gemeinden zusammen oder gar nicht.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass in der Verbandsversammlung am 19. Mai 2011 in Waibstadt fünf Vertreter aus Neckarbischofsheim die Möglichkeit haben, Äußerungen zu diesem Thema in der Verbandsversammlung zu machen. Es bleibt jedem Mitglied selbst überlassen, seine Meinung kundzutun und mit den Mitgliedern des Gremiums über die weitere Zusammenarbeit zu diskutieren.

Die jetzige Denkpause sollte der Gemeinderat und die Verwaltung nutzen, wie man sich im Gemeindeverwaltungsverband neu organisieren kann. Sechs selbständige Gemeinden sind nun mal schwer zusammenzubringen. Auch im Bereich des Grundbuchamts und der Altenpflege gab es viele Diskussionen, wobei der GVV hier nicht schlecht aufgestellt war. Für viele Gemeinden ist Organisation noch immer ein Fremdwort.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist der Meinung, dass eine Entscheidung über ein Angebot erst im GVV Waibstadt getroffen werden sollte, wenn sich alle Verbandsgemeinden über die Thematik unterhalten konnten. Er ist der Auffassung, dass die Struktur innerhalb des GVV Waibstadt einfach nicht mehr passt.

Bürgermeister Vogt verweist auf die Diskussionen mit den Bürgermeisterkollegen, die sich bisher dafür aussprachen, auch wenn die Sachbearbeitung im Personalwesen etwas teurer sein sollte, dass die Aufgabe innerhalb des GVV Waibstadt verbleibt. Schon damals war die Stadt Sinsheim als Dienstleister aufgetreten.

Stadtrat Norbert Benz kann die Entscheidung der Gemeinde Helmstadt-Bargen nicht verstehen, einen Beschluss zu fassen, bevor alle Verbandsgemeinden über die neuen Erkenntnisse diskutiert haben. Trotzdem wünscht er sich, dass eine weitere Zusammenarbeit im GVV Waibstadt erfolgt. Hierzu sollten sich die Bürgermeister zusammensetzen, um weitere Aufgabengebiete auszuloten, bspw. Bestellung von Streusalz, Maschineneinsatz im Bauhof, um hier Einsparungen zu erzielen.

Bürgermeister Vogt stellt zum Abschluss der Diskussion fest, dass die Verwaltung bis Ende des Jahres eine Ausarbeitung dem Gemeinderat vorlegt, wie künftig die Personalsachbearbeitung bei der Stadt Neckarbischofsheim vorgenommen wird.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

05. Straßenbau im Stadtteil Helmhof

hier: Abstimmung des weiteren Vorgehens zur Platzgestaltung im Steinigten Bergweg

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er in der Kürze der Zeit keine Möglichkeit hatte, zur heutigen Sitzung elektronische Pläne zu erarbeiten und bittet die Mitglieder des Gemeinderats dies zu entschuldigen.

Die Platzgestaltung im Stadtteil Helmhof ist die einzige Investition, die im Rahmen des Haushalts 2011 durchgeführt werden soll. Nach der vorliegenden Kostenschätzung des Ing. Büro Martin, Reichartshausen, belaufen sich die Gesamtkosten auf 170.000,00 €. Die Durchführung der Gesamtmaßnahme vor dem 300-jährigen Jubiläum des Stadtteils ist nicht mehr möglich, da die Sitzung des Ausgleichsstockes erst im Juli ist, und somit keine frühzeitige Mittelbewilligung zu erwarten ist. Im Monat August sind des Weiteren die Handwerkerferien, so dass vor Anfang September keine Vergabe der Arbeiten erfolgen kann. Zu diesem Zeitpunkt ist das 300-jährige Jubiläum bereits vorbei und der Steinigte Bergweg befindet sich immer noch in einem schlechten Zustand.

Aus diesem Grund hat sich die Haushaltsstrukturkommission darüber unterhalten, vor dem Jubiläum noch eine saubere Lösung für den Stadtteil zu finden. So soll in einem ersten Bauabschnitt vom ehemaligen Café Bürklin bis zur Mitte des Steinigten Bergwegs der Kanal (Schadensklasse 0) ausgetauscht und die Hausanschlüsse in diesem Bereich erneuert werden. Die Hausanschlüsse liegen derzeit quer über den Platz an der Wimpfener Straße. Mit der Maßnahme erhalten die Grundstückseigentümer kürze Hausanschlüsse. Der Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach wird in diesem Bereich gleich die Wasserleitung erneuern. Der Gehweg wird vom ehemaligen Café Bürklin bis zum ehemaligen Darmstädter Hof ebenfalls komplett erneuert (Rinne und Gehweg pflastern). Die Straße wird mit einer neuen Bitumenschicht versehen. Außerdem ist angedacht, eine verkehrsgerechte Anbindung des Steinigten Bergwegs an die Wimpfener Straße vorzunehmen, da Einwände wegen des Kurvenradius an die Verwaltung herangetragen wurden. Mit dieser Änderung haben LKW's und Busse die Möglichkeit, in den Bereich ohne Probleme einzufahren. An der Bordsteinkante zum Parkplatz endet der erste Bauabschnitt. Mit diesen Maßnahmen wird der vorgestellte Bereich wieder in einen ordentlichen Zustand versetzt.

Der Kostenvoranschlag, der vom Mitarbeiter des Technischen Bauamtes, Roland Herbold, erstellt wurde beläuft sich für diese Maßnahmen auf zirka 85.000,00 €. 30.000,00 € sind für den Kanalbau, 55.000,00 € für den Straßenbau vorgesehen. Die Verwaltung hofft, dass die Preise, die anhand der beiden Bauabschnitte in der Oberen Turmstraße (plus 10%) ermittelt wurden, auch bei der Ausschreibung so bestehen bleiben. Der erste Bauabschnitt für den Bereich des Straßenbaus wurde beim Ausgleichsstock zur Bezuschussung angemeldet.

Die Verwaltung hofft, dass die Maßnahme mit den geplanten Mitteln durchgeführt werden kann, so dass zum 2. Bauabschnitt, bei dem die restlichen Arbeiten ausgeführt werden sollen, keine Änderungen mehr erfolgen müssen. Die Verwaltung wird des Weiteren einen vorzeitigen Baubeginn beim Ausgleichsstock beantragen, sobald der Haushaltsplan 2011 durch das Kommunalrechtsamt genehmigt wurde. Die Bauarbeiten (Kanal und Straße) sollen bis Ende August erledigt sein. Es handelt sich hier um ein sehr ambitioniertes Projekt, da die Ausschreibung erst im Juni möglich sein wird, so dass es mit der Ausführung der Arbeiten bis Anfang September sehr eng wird. Mit dem vorgestellten Kompromiss können die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Helmhof sicherlich gut leben.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt für die zahlreichen Zuhörer aus dem Stadtteil Helmhof aus, dass die Maßnahme so nicht gemacht werden könnte, wenn die zuvor beschlossenen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Haushalt 2011 nicht erfolgt wären.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, ob die Arbeiten der Mühlbachgruppe in den vorgestellten Kosten beinhaltet sind. Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Bauarbeiten die Stadt Neckarbischofsheim finanziell nicht belasten.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis und stimmt dem vorgestellten Konzept zur Sanierung des Kanals und der Straße im Steinigten Bergweg zu.

06. Beratung der Tagesordnung der Verbandsversammlung des GVV Waibstadt vom 19.05.2011

Bürgermeister Vogt verweist auf die Tagesordnung zur Verbandsversammlung und führt aus, dass bei der 5. Fortschreibung des Flächennutzungsplans formelle Beschlüsse notwendig sind. Zur Feststellung der Jahresrechnung 2009 wurde den Gemeinde eine Aufteilung des Verbandsrechners Jürgen Buchner übermittelt, in denen die restlichen Schulden des GVV Waibstadt bezüglich der Altenpflegeheime aufgeführt sind. Diese Schulden in Höhe von 200.000,00 € werden nun in den kameralen Haushalt übernommen und sind mit dem Verkauf des Vermögens (Bauplatz neben Altenheim) und weiteren Erlösen abgedeckt, so dass die GVV-Gemeinden in der Angelegenheit keine Aufwendungen tätigen müssen.

Die Feststellung der Jahresrechnung 2010 und die Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2011 dürften ebenfalls keine Probleme bereiten.

Die Übernahme der Personalverwaltung durch den GVV Waibstadt hat sich mit den Beschlüssen der Gemeinden Helmstadt-Bargen und Reichartshausen wohl erledigt. Der Verbandsvorsitzende wird sicherlich hierzu Stellung nehmen und danach besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Bürgermeister Vogt bittet die Vertreter der Stadt Neckarbischofsheim, vollzählig an dieser Sitzung teilzunehmen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass er zur Sitzung noch keine Einladung bekommen hat. Bürgermeister Vogt wird sich mit dem Verbandsvorsitzenden in Verbindung setzen.

07. Bekanntgaben der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 5. April 2011

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Ausscheiden des Jagdpächters Dirk Hartkopf aus dem Jagdpachtvertrag vom 26.06.2011 für den Jagdbezirk – Jagdbogen IV – zu. Ebenfalls stimmt der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim der Übernahme der Rechte und Pflichten aus dem Jagdpachtvertrag durch Herrn Günter Burkhardt zu. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt weiterhin der Erteilung eines unentgeltlichen Jagderlaubnisscheins an Herrn Walter Fritsch, wohnhaft in Neckarbischofsheim-Untergimpfern zu.

08. Bekanntgaben

Vorfinanzierungsparty Adolf-Schmitthenner-Gymnasium

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass in der letzten Sitzung falsche Behauptungen bezüglich der Vorfinanzierungsparty des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium aufgestellt wurden.

Wie auf Anfrage bestätigt wurde, war ein Securitydienst engagiert. Der herbeigerufene Krankenwagen war nicht wegen übermäßigem Alkoholenuss der Gäste angefordert worden, sondern weil sich ein Mädchen auf der Party den Fuß vertreten hatte. Die Vorfinanzierungsparty des ASG verlief somit völlig in Ordnung. Es wäre allerdings für die Verwaltung hilfreich, wenn solche Anfragen aus den Reihen des Gemeinderats vor der Sitzung an die Verwaltung gerichtet werden, damit diese vorab entsprechend abgeklärt werden können.

09. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Peter Haffelder bittet um Auskunft, ob es bereits Neuigkeiten zur Aufnahme des Stadtteils Untergimpfern in das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) gibt.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er abklären muss, ob nach der Landtagswahl der bisherige Sachbearbeiter noch der richtige Ansprechpartner für die Stadt Neckarbischofsheim ist. Sobald dies geklärt ist wird eine Informationsveranstaltung in Untergimpfern für die Bürgerinnen und Bürger erfolgen und der Antrag zur Aufnahme in das ELR-Programm gemacht.

Stadtrat Walter Freudenberger stellt fest, dass die Verlegung von Leitungen durch die Deutsche Telekom auf dem Grasweg zwischen dem Mittleren Weg und dem Wasserhochbehälter nicht ordentlich ausgeführt wurde und bittet um Nachbesserung der Arbeiten. Auch zwischen dem Schützenhaus und der Heidäckersiedlung wurden durch die Deutsche Telekom Arbeiten ausgeführt, die noch nicht abgeschlossen sind. Er bittet die Verwaltung darum, ein Augenmerk auf die Ausführung der Arbeiten zu legen.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf. Im Übrigen handelt es sich bei den Arbeiten um die Verlegung eines Glasfaserkabels nach Helmstadt-Bargen.

10. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Friedbert Mann führt zur Personaleinsparung bei der Stadtverwaltung aus, dass in den vergangenen Jahren insgesamt sechs Stellen eingespart wurden bzw. werden (Bräumer, Jakoby, Vanek, Leinberger, Vsetetzka, Kiermeier). Als mündiger Bürger stellen ihm sich deshalb folgende Fragen: Haben diese Personen nichts gearbeitet? Bleibt in der Verwaltung nun die Arbeit liegen? Arbeitet das Personal in der Verwaltung jetzt schneller? Wird ein Teil der Arbeit in der Verwaltung fremd vergeben?

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Stelle der Frau Erika Leinberger im Gemeinsamen Grundbuchamt beheimatet war, weshalb diese Stelle nicht eingespart wurde. Die Halbtagsstelle der bisherigen Sekretärin Ilse Vanek in der Grund- und Hauptschule wurde auf eine 0,3-Stelle reduziert, wobei die Arbeitszeit der derzeitigen Schulsekretärin (Marina Steck) aufgestockt wurde. Das Sekretariat der Grundschule (Hauptschule bzw. Werkrealschule wurde nach Helmstadt-Bargen abgegeben) soll längerfristig nicht mehr besetzt werden. Dies ist insbesondere auf die Reduzierung der Schülerzahlen zurückzuführen. Die künftigen Arbeiten sollen auf die Schulleiterin bzw. die Lehrer übertragen werden. Im Adolf-Schmittthener-Gymnasium wurde die Stelle von Herrn Karlheinz Jakoby nicht mehr ersetzt, sondern dem Schulhausmeister der Grund- und Hauptschule, Franz Schulz, übertragen. Einige Arbeiten, die die Schulhausmeister bisher selbst ausgeführt haben mussten deshalb fremd vergeben werden.

Der Gesamtpersonalstand in der Verwaltung hat sich nicht wesentlich verändert, eher leicht reduziert. Lediglich mit Herrn Daniel Schneider im Bürgerbüro ist eine neue Kraft dazu gekommen. Bei steigenden Aufgaben konnten mehrfach schon Arbeiten nicht mehr durchgeführt werden, und blieben somit liegen. Die Umorganisation im Rathaus, die im Jahre 2008 durchgeführt wurde hat der Verwaltung schon ziemlich weh getan, da einige Stellen verloren gingen.

Herr Mann führt aus, dass gerade der Hausmeister im Rathaus schon viele Arbeiten erledigt hat, die künftig wohl nicht mehr so ausgeführt werden. Schließlich wird kein Beschäftigter dafür bezahlt, dass er nur still in der Ecke sitzt.

Herr Walter Fritsch teilt mit, dass entlang des ehemaligen Grundstücks der Familie Tretsch im Steinbruchweg/Im Grund der Gehweg geöffnet wurde, aber nach Abschluss der Arbeiten die Löcher noch nicht verschlossen wurden. Da in diesem Bereich viele Personen den Gehweg benutzen sollte hier schnellstmöglich eine Fertigstellung erfolgen.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf.

Herr Pirmin Hönig bittet um Auskunft, ob die Maßnahme im Steinigten Bergweg ähnlich ausgeführt wird, wie die Baumaßnahme zuletzt in der Talstraße. Außerdem bittet er um Auskunft, welche Arbeiten im 2. Bauabschnitt ausgeführt werden sollen und ob es hierfür Zuschüsse vom Kreis oder Land gibt.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Straßenausbau im Steinigten Bergweg in Anlehnung an die Talstraße erfolgen wird. Zum 2. Bauabschnitt stellt er fest, dass es sich hier um die Neugestaltung des Parkplatzes mit Buswartehäuschen und Neubegrünung, sowie die Umgestaltung der Wimpfener Straße mit Querungshilfe für die Fußgänger handelt. Die Baumaßnahme in der Wimpfener Straße muss von der Stadt Neckarbischofsheim bezahlt werden, da dem Land Baden-Württemberg der Verlauf der Straße derzeit ausreicht.

Herr Friedbert Mann fragt nach, ob der 2. Bauabschnitt dann auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Dies kann von Bürgermeister Vogt nicht bestätigt werden, da es hier vor allem auf die Bezuschussung durch den Ausgleichstock ankommt.

Herr Friedbert Mann verweist auf die Planunterlagen zur Neugestaltung des Parkplatzes, die vor zehn Jahren erstellt wurden und nicht zur Ausführung kamen.

Ein Zuhörer fragt an, ob das Pflaster im Steinigten Bergweg von der gleichen Firma verlegt wird wie zur Zeit in der Forststraße. Sollte das so sein, dann bittet er die Verwaltung der Firma mitzuteilen, dass diese die Arbeiten ordentlicher ausführt.

Herr Pirmin Hönig bittet um Auskunft, ob weitere Bauabschnitte im Bereich der Abwasserentsorgung durch die Stadt Neckarbischofsheim geplant sind.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass im Bereich des Brunnenwegs ein Umbau erfolgt, der allerdings keine Ausweitung auf den Kanal in der Wimpfener Straße notwendig macht. Die Forstraße in Helmhof war die erste Maßnahme, die dringend gemacht werden musste, da hier das Regenwasser aus dem Anwesen der Familie Rupprecht abzuleiten war. Weitere Abschnitte in der Forstraße, bis hin zur Friedhofstraße, sind noch in Planung. Allerdings gestaltet sich deren Finanzierung schwierig, da die eingeplante Abwasserabgabe hierzu nicht mehr angerechnet werden kann.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: